

Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen - Militär und Rüstung abschaffen

Rundbrief Nr. 3-4/14 des Bund für Soziale Verteidigung

H4361



2014: Die Renaissance des Krieges?

Kai-Uwe Dosch

Seit Menschengedenken finden Kriege auf unserer Erde statt. Doch 2014 schien es eine neue größere Welle der Gewalt zu geben: In der Ukraine kam es erst zur pro-europäischen Revolution des Maidan gegen das pro-russische Regime, dann zur Sezession bzw. Annexion der Krim durch Russland, jetzt zum internationalisierten Bürgerkrieg im Donbass. In Syrien und im Irak finden gleichzeitig mehrere Kriege statt. Es handelt sich erstens um einen „Hauptkrieg“ in Syrien zwischen dem Assad-Regime und der Opposition einschließlich der „Nebenkriege“ unter den Oppositionellen aus extremistischen Sunniten des IS einerseits und moderateren Sunniten, Kurden u.a. andererseits. Zweitens wird ein Krieg geführt zwischen denselben extremistischen Sunniten und Schiiten sowie Kurden im Irak. Drittens kommt dazu eine internationale militärische Intervention unter der Führung der USA gegen diese Extremisten in Syrien und im Irak – und vielleicht demnächst viertens ein neuer Bürgerkrieg zwischen Regierung und Kurden in der Türkei? Fast schon vergessen, weil fast schon gewohnt, bekämpften sich im Sommer wie alle paar Jahre wieder israelisches Militär und Hamas-Milizen in und um Gaza, Hauptopfer war wieder einmal die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen.

Die mediale Berichterstattung spiegelte diese Lage wider bzw. fokussierte sich mehr und mehr auf Krieg und Gewalt. Lange sprachen die ersten drei Schlagzeilen der Nachrichten immer wieder von diesen Kriegen. Auch wenn diese Kriege 2014 nicht in Mitteleuropa oder gar in Deutschland geführt werden, betreffen sie uns doch auf viele Arten: Außer dass wir - nicht zuletzt durch die Medien – mit den direkt Betroffenen indirekt mitleiden, geht es um das Öl und das Gas, mit dem wir unsere Energie erzeugen, um die Flüchtlinge, die zu uns kommen und bei uns Asyl suchen, um die (zivilen und militärischen) Kräfte, die von uns aus in die betroffenen Regionen in einen Einsatz gehen. Wir müssen uns zu dieser Renaissance des Krieges verhalten, wir müssen

sie verstehen und ihr widerstehen.

Es stellt sich die Frage, ob es dieses Jahr mehr Krieg und Gewalt gibt oder wir sie nur aufgrund der Medienberichte stärker wahrnehmen? Nach Untersuchungen der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurden 2013 vier Kriege und bewaffnete Konflikte weniger geführt als im Jahr zuvor. Deren Zahl lag damit bei 30. 2014 sind zwei neue Kriege dazugekommen – wie 2012 und 2011. Fast alle aktuellen Konflikte im Nahen Osten haben einen längeren Verlauf, als die diesjährigen Eskalationen scheinen lassen. Es ist also keine neue Quantität festzustellen, doch wie steht es mit der Qualität? Stellen diese Kriege etwas Besonderes dar, das die Wahrnehmung einer „Welle“ begründet?

Die Lage in der Ukraine schürt die Angst vor einem Rückfall in ein schon lange überwunden geglaubtes Konfliktschema, den Kalten Krieg. Beim NATO-Gipfel in Wales Anfang September dieses Jahres zeigten sich fast wieder dieselben Blöcke, die in mühsamer Annäherungsarbeit in 20 Jahren versucht worden waren abzubauen. Nun heißt es nicht mehr Ost gegen West-Europa, sondern Russland gegen Rest-Europa plus USA. Die Zuspitzung der Situation liegt einerseits an dem Nationalismus Russlands bzw. der Regierung Putins, andererseits an dem Erweiterungsstreben der NATO und der EU. Eine Auflösung der Konfrontation scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Im Gegenteil, eine weitere Eskalation scheint nach den Konfrontationen auf der Krim und im Donbass sogar wieder möglich. Die Gründe dafür sind jedoch simpel: Es ist u.a. ein klassischer Konflikt um Macht durch Einflussgebiet.

Die Lage in Syrien und im Irak ist dagegen in ihrer Komplexität ziemlich beispiellos. Die Brutalität des Islamischen Staats (IS) schockiert die Welt. Der IS stellt sich als extremistische Gruppierung mit militärischen Mitteln gegen die Werte des Westens und entstand erst dadurch, dass die



Anonymes Militär kontrolliert die Stadtverwaltung von Slowjansk. Foto: Yevgen Nasadyuk



Kurden, Aleviten und Jesiden demonstrierten in Hannover gegen den IS. Foto: Bernd Schwabe



Zerbombtes Haus im Gazastreifen. Foto: Muhammad Sabah, B'Tselem

Diesmal

Training in der Ukraine
Von Assad zu IS
IS, Irak und Syrien
Fachtagung Ziviles Peacekeeping
Kampagne Lernen für den Frieden
u.a.m.



Wie der Aufmacher zur „Renaissance des Krieges“ zeigt, befasst sich der BSV mit einer großen Vielfalt von Arbeitsbereichen – und einer großen Verschiedenheit von Bündnissen. Wir arbeiten bekanntlich in den drei großen Bereichen gewaltfreie Interventionen, Militärkritik und Friedensbildung. Unsere Kampagne zum zivilen Peacekeeping und damit unser letztes Fachgespräch und unsere nächste Jahrestagung fallen sicher eher in den ersten Bereich, unsere Unterstützung der Aktionen der Friedensbewegung im Winter 2014/15 eher in den zweiten.

Natürlich gibt es hier wie in allen Bündnissen auch Konflikte. Jetzt fällt auf, dass bei der Planung und Koordination des sogenannten „Friedenswinters“ der Streit um die Zusammenarbeit zwischen „alter“ und „neuer“ Bewegung, um „linke“ oder „rechte“ Ansichten, ziemlich hart geführt wird – bis hin zu persönlichen Distanzierungen und Austritten. Der Streit unter den Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung bzw. des zivilen Peacekeepings bleibt dagegen sachlicher, auch wenn es um grundsätzliche Fragestellungen wie das Verhältnis zum Militär geht.

Ich habe keine einfachen Erklärungen für diese Beobachtung. Ich will nur darauf verweisen, dass der Umgang mit Konflikten in der Friedensbewegung auch eine Aufgabe der Friedensbewegung darstellt – und sei es nur wegen eigener Glaubwürdigkeit. Und ich kann darauf verweisen, dass sich der BSV mit der AG „Zivile Konfliktbearbeitung im Inland“ der Plattform ZKB dieser Aufgabe auch stellt – in einem Workshop am 24.02.15 in Hannover (nähere Infos beim BSV).

Ihr Kai-Uwe Dosch

Verschenken Sie ein Lächeln

Noch keine Idee für ein Weihnachtsgeschenk? Dann verschenken Sie ein Lächeln und unterstützen Sie gleichzeitig damit die Arbeit des BSV – unsere Weihnachtskarten machen es möglich! Falls dem Menschen, den Sie gerne beschenken möchten, viel an Frieden und Gewaltfreiheit liegt, dann kommt diese Karte vielleicht gerade richtig.

Wie das praktisch geht? Sie spenden 10, 20 oder 50 Euro an den BSV und teilen uns per Homepage, E-Mail, Brief oder Telefon mit, dass diese Spende ein Geschenk ist. Wir senden Ihnen dann eine Karte zu. Bitte vergessen Sie dafür nicht Ihre vollständige Postanschrift! Mit dem Kauf einer Karte unterstützen Sie unsere Arbeit und zaubern gleichzeitig ein Lächeln in das Gesicht eines geliebten Menschen. So machen Sie allen eine Freude!



Fortsetzung von Seite 1

westlichen Verbündeten ganze Staaten angriffen, in denen (angeblich) terroristische Gruppierungen agierten. Die USA setzen ihren „Krieg gegen den Terror“ nach Afghanistan im Irak und nun in Syrien gegen den IS fort. Den Waffenexporten und Luftangriffen folgt vielleicht der Einmarsch von Bodentruppen und die Einbeziehung der NATO, auch wenn dies heute noch offiziell ausgeschlossen wird. Dieser „Krieg gegen den Terror“ wurde so zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung, denn jetzt haben die USA eine wirkliche „Armee“ und bald vielleicht einen wirklichen „Staat“ als Kriegsgegner, den sie bekämpfen – eben den IS in Syrien und im Irak. Schwierig ist nur, wenn der Feind meines Feindes mein Freund ist, dass hier die (schiitischen) Regierungen im Iran, im Irak und in Syrien als jetzige Gegner des IS und frühere Gegner der USA zu deren neuen Verbündeten werden müssten. Und dass die türkisch-, irakisch- und syrisch-kurdischen Milizen als jetzige Gegner des IS und frühere Gegner des NATO-Partners Türkei zu deren neuen Verbündeten werden müssten.

Beide Situationen – Separatisten in der Ukraine und Islamisten in Syrien/Irak – stellen also wirklich (wieder) neue Entwicklungen in der internationalen Politik dar und schreien nach neuen Ansätzen der Diplomatie. Doch die Methoden von Seiten des Westens sind immer (wieder) wie Pawlow'sche Reflexe die alten: Militär, Militär und noch mehr Militär. Die deutschen Waffen, die nun in den Irak und vielleicht in die Ukraine geliefert werden, werden den Krieg weiter anheizen. Nur die Rüstungsindustrie profitiert von ihnen und damit vom Krieg und vom Elend vieler Menschen.

Doch zur Eskalation gehört auch eine zweite Seite. Und hier spielt leider eine Rolle, dass in Syrien und auch in Russland autoritäre Regierungen an der Macht sind, und diejenigen aus den Zivilgesellschaften, die sich für zivile Konfliktbearbeitung einsetzen, wenig Gehör finden. Die Chancen auf eine vernünftige Konfliktregelung nehmen ab, wenn Gewalt und Gegengewalt sich gegenseitig bedingen. Leichter wird das auch dadurch nicht, dass Grenzziehungen durch Großmächte willkürlich festgelegt wurden – wie auf der Krim oder in Kurdistan.

Dennoch können zivile und gewaltfreie Methoden zu einer Deeskalation der Situation beitragen. Ziviles Peacekeeping kann eine Methode zur Gewaltprävention in Krisengebieten sein (s. S. 9). Eine von vielen zwar nicht kurzfristigen, aber nachhaltigen staatlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des IS stellt die Arbeit mit jenen dar, die sich von der IS wieder abwenden. Sie brauchen unsere Unterstützung, keine Strafverfolgung (s. S. 6)! Deutschland und Europa können die wenigen lokalen Initiativen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung politisch und finanziell unterstützen. Der BSV hilft jetzt auch bei Konzepten und Trainings der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in der Ukraine (s. S. 4). Andere gewaltfreie individuelle Methoden erfordern manchmal eine Menge Mut. So demonstrierte 2013 eine Frau in Syrien drei Monate lang jeden Tag vor dem Hauptquartier des IS – alleine (s. S. 5)! Was nützt, ist eine Renaissance einer Bewegung für den Frieden – auch hier bei uns (s. S. 7)!

Kai-Uwe Dosch ist BSV-Projektreferent.

Ein Kap der guten Hoffnung

WRI-Konferenz im Juli 2014 in Südafrika

Stephan Brües

Manche TeilnehmerInnen waren überrascht: 93 Jahre alt ist die War Resisters' International (WRI) und erst jetzt das erste Mal in Afrika? Das ist sehr spät, aber immerhin. So trafen sich mehr als 200 Menschen aus 50 Ländern in der ehrwürdigen, doch sanierungsbedürftigen und heizungslosen City Hall in Kapstadt. Genau dort, wo Nelson Mandela nach seiner Freilassung seine erste Rede in Freiheit gehalten hatte, begrüßte uns jetzt mit Charme und Humor Desmond Tutu.

Die Konferenz vom 5. bis 8. Juli hatte jeden Tag dasselbe Grundschema: Ein morgendliches Plenum zum Tagesthema mit ReferentInnen und kurzer Diskussion, Themengruppen, Workshops, Kulturprogramm/Abendprogramm. Sehr amüsant waren am Morgen die Beiträge „Here is the news“, die in der Regel von anwesenden JournalistInnen gestaltet wurden und in denen neben einigen ernstern Nachrichten auch Geschehnisse der Konferenz auf Korn genommen wurden, etwa das fehlende Internet in der Unterkunft an der Uni Kapstadt. ReflektorInnen berichteten subjektiv über das, was sie am vergangenen Tage inhaltlich besonders angesprochen hatte (oder auch nicht).

Es gab insgesamt sieben Themengruppen und mindestens zwei Dutzend überaus interessanter Workshops, die es den Teilnehmenden schwer machte, zu entscheiden, wohin sie gehen sollten. Ich selbst nahm an der Themengruppe „Daily Violence“ teil, bei der Gewalt von Gangs, aber auch gegenüber Frauen thematisiert wurde. Die Ergebnisse der Themengruppen wurden auf Flipcharts ausgelegt, die von den Konferenzteilnehmenden „erwandert“ werden konnten. Besonders originell war die Themengruppe „Militarisierung der Jugend“, die ihre Ergebnisse als lebende Statuen präsentierte - auf der Vorderseite die Bestandsaufnahme der Militarisierung, auf der Rückseite die Handlungsmöglichkeiten, dagegen vorzugehen.

Neben meinem eigenen Workshop über die Arbeit der Nonviolent Peaceforce besuchte ich den Workshop über Südsudan und einen Schnupperkurs eines Trainings in Gender & Versöhnung, bei dem es um Geschlechterbilder, im weiteren aber um Gewalt- oder Vergewaltigungserfahrungen ging. Insgesamt habe ich

viel gelernt in diesen Workshops. Nicht vergessen werden darf auch die wirklich gelungene Veranstaltung zum Tod des allzu früh verstorbenen WRI-Vorsitzenden Howard Clark.

Das Kulturprogramm der WRI-Konferenz war einfach kolossal gut. Es begann bei der Eröffnung am 4. Juli mit Trommlern aus Burundi, zwei Hiphopperinnen aus Brooklyn mit Cellobegleitung, die uns noch durch die gesamte Konferenz begleiten sollten. Besonders beeindruckend: Yalini Dream, eine Tamilin, die in New York Exil fand, arbeitete den Konflikt in Sri Lanka poetisch, musikalisch und tänzerisch auf.

Eine Exkursion ging in das Stadtviertel District Six, wo ausgehend von einem Besuch im gleichnamigen Museum die Geschichte der Vertreibung durch das Apartheid-Regime und der Versuch, das Viertel nach deren Ende wieder aufzubauen und weiterzuentwickeln, thematisiert wurde. Zugleich ging es bei der Exkursion um die soziale Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung, die bis heute anhält.

In mehreren Häppchen wurden die organisatorischen Treffen der WRI serviert, am 3., 4., 8., 10. und 11. Juli. Dabei wurde über die Finanzen gesprochen (viele Trainings etc. wurden finanziert, aber es fehlen Mittel für das Büro in London). Des Weiteren ging es um die Programme „Gewaltfreiheit“ (u.a. Trainings in Afrika, Asien und Lateinamerika, „Handbook on Nonviolent Campaigns“ in verschiedenen Sprachen) und „Recht auf die Verweigerung des Tötens“ (u. a. Darmstädter Konferenz Jugend und Militarisierung; Aktionen gegen War Profiteers in Europa). Auch die Arbeitsgruppen (Afrika, Kolumbien, Klimawandel) wurden vorgestellt.

In den sich einmal jährlich treffenden Rat der WRI wurden zwölf Personen gewählt, die

dort die VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen ergänzen: Carlos Barranco (Spanien), Albert Beale (Britannien), Jungmin Choi (Südkorea), Moses John (Südsudan), Subhash Kattel (Nepal), Cattis Laska (Schweden), Lexys Rendón (Venezuela), Miles Tanhira (Simbabwe/Schweden), Igor Seke (Serbien/Mexiko), Hülya Üçpınar (Türkei), Sergeiy Sandler (Israel) und Stellan Vinthagen (Schweden). Den Vorstand der WRI stellen neben der Vorsitzenden Christine Schweitzer, die bereits vor der Konferenz im Konsensverfahren bestimmt wurde, und der Kassiererin Dominique Saillard vier weitere Personen aus dem Rat: Sergeiy, Hülya, Cattis und Jungmin.

Schließlich wurden mehrere Anträge beraten, u.a. zur Unterstützung von Trainings in Gewaltfreiheit, von Aktionen gegen die Zwangsrekrutierungen in Ruanda und gegen die Änderung der militärfreien Verfassung Japans sowie Erklärungen zu Gaza und zur Ukraine. Vor allem die zu Gaza war — wenig überraschend — umstritten, während es bei der zur Ukraine kein Problem bei der Konsensfindung gab.

Bei der WRI nähert sich langsam die Hundertjahrfeier 2021, deren Begehung in jedem Fall im Gründungsort bei Utrecht stattfinden soll. Die Konferenz dazwischen sollte also 2017 oder 2018 stattfinden. Insgesamt fand die WRI-Konferenz in einer sehr angenehmen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Stephan Brües ist BSV-Co-Vorsitzender und WRI-Delegierter.



Gemälde von Ralph Ziman, das während der Konferenz ausgestellt und danach in sehr großem Maßstab auf den Platz vor der City Hall übertragen wurde.

Fotos: Stephan Brües

BSV unterstützt gewaltfreie Gruppen in der Ukraine

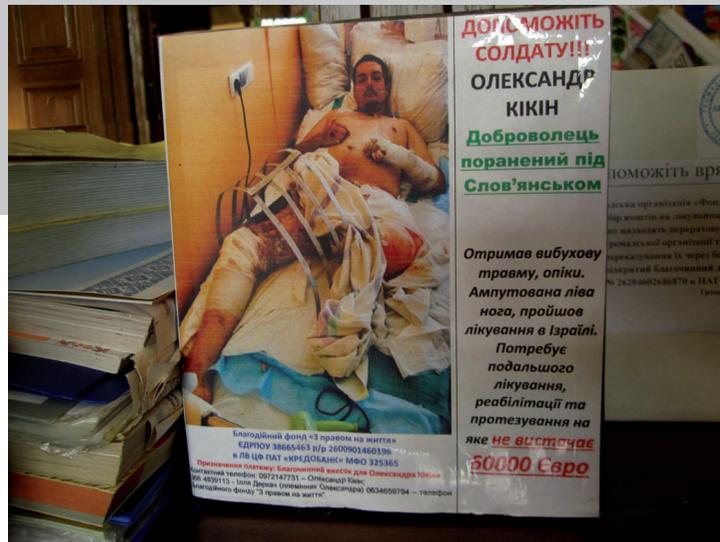
Björn Kunter und Sarah Roßa

Bis vor kurzem galt in der Ukraine ein gesellschaftlicher Konsens der Ablehnung politischer Gewalt. Entsprechend führte jede offensichtliche Gewalt gegen die Demonstrierenden des Euro-Maidan zu Wellen der Empörung, die Hunderttausende auf die Straßen trieben. Nach den Todeschüssen im Februar entzog schließlich sogar die Polizei dem damaligen Präsidenten Janukowitsch die Unterstützung, so dass ihm nur noch die Flucht nach Russland blieb. Doch die Gewalterfahrungen auf den Maidan-Demonstrationen, die scheinbar widerstandslose Aufgabe der Krim und der Ausbruch des Krieges haben den Menschen in der Ukraine das Vertrauen in die Gewaltfreiheit genommen. Dies betrifft auch die zehntausende Menschen, die sich im Laufe der Proteste des letzten Jahres politisiert und neu organisiert haben und frischen Wind in alle Ebenen und Ecken der ukrainischen Politik bringen. Obwohl sie mit ihrem lokalen gewaltfreien Handeln durchaus Erfolge erzielen, fühlen sie sich angesichts der brutalen Gewalt des Krieges machtlos.

Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes hat daher die KURVE Wustrow den BSV, das belarussische Rechtsschutznetzwerk „Nasch Dom“ und vier ukrainische Partner aus Lwiw (Lemberg), Lugansk, Kiew und der Krim zusammengebracht, um diese neuen BürgerInnen-Initiativen darin zu stärken, die Interessen der Bevölkerung gewaltfrei zu vertreten. Schwerpunkt des BSV war die Mitarbeit im TrainerInnen-Team eines Großtrainings für etwa 40 Initiativen. Zwei Drittel der Teilnehmenden kamen aus den Krisengebieten Krim, Donezk und Lugansk oder waren Geflüchtete, fünf kamen aus Belarus und der Rest aus der Westukraine. Schwerpunkte des siebentägigen Trainings in Lwiw waren die Entwicklung gewaltfreier Strategien und die Planung entsprechender Kampagnen, theoretisch, aber vor allem auch praktisch die Planung von Mini-Kampagnen, die die Teilnehmenden nach ihrer Rückkehr bis zum Jahresende durchführen wollen. Ein Tag des Trainings widmete sich dem Umgang mit Gewalt und politischer Repression und wie sich AktivistInnen davor schützen können.

Beim Training galt es nicht nur die regionale Ost-West-Trennung zu überwinden, auch unterschiedlichste Altersgruppen (19-65 Jahre) und große Unterschiede im Erfahrungsgrad der Teilnehmenden und der TrainerInnen sowie unterschiedliche Aktionsansätze kamen zusammen: KünstlerInnen, RechtsschützerInnen, gewaltfreie AktivistInnen und solche, die das Recht auf Waffen zur Selbstverteidigung forderten, Graswurzel-Aktive und NGO-Menschen. Einige Teilnehmende waren aus den umkämpften oder besetzten Gebieten geflohen und leben nun unter schwierigen Umständen in neuen Umgebungen, andere – wie viele Krim-Tatarn – leben unter russischer Besatzung und täglicher Repression. Die Menschen in der Westukraine erfahren den Krieg dagegen eher aus indirekten Berichten und erleben, wie sich ihr Stadtbild durch Spendenboxen für die Armee, Fotos der Gefallenen am Rathaus und die allgegenwärtigen ukrainischen Fahnen verändert. Trotz der Vielfalt: Teilnehmende, die sich zum Anti-Maidan bzw. den SeparatistInnen in der Ostukraine zählen, waren im Training nicht vertreten. Der hierfür vorgesehene Partner aus Donezk war bereits vor einigen Monaten nach Russland geflohen und traute sich nicht mehr, in die Ukraine zu reisen.

Die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe führten mitunter zu sehr hitzigen Diskussionen; im Rahmen des Seminars arbeiteten alle Teilnehmenden und TrainerInnen aber konstruktiv und offen miteinander. Dieser Aspekt des gegenseitigen Kennenlernens wurde von den Teilnehmenden am Ende des Seminars sehr positiv bewertet, ebenso auch die gemeinsam erarbeiteten Inhalte. Besonders die Instrumente für Konfliktanalyse und Kampagnenplanung wurden von Teilnehmenden als sehr neu, teilweise hilfreich, aber auch herausfordernd bis überfordernd bewertet.



Sammelbox für verwundete Soldaten am Postschalter.

Zurzeit laufen die Mini-Kampagnen oder Projekte der Initiativen. So will ein Teilnehmer, der selbst von den Separatisten in Donezk entführt worden war, nun Beratung anbieten und Hinweise sammeln, wie sich Verwandte und Bekannte für die Freilassung ihrer Angehörigen einsetzen und das Verantwortungsgerangel zwischen den lokalen Machtgruppen ausnutzen können. Eine andere Teilnehmerin möchte in den wieder befreiten Gebieten Kriterien und zivile Prozeduren zum Umgang mit (ehemals) hetzenden LehrerInnen erarbeiten, auch damit die lokale Bevölkerung etwaigen Versuchen der Siegerjustiz durch bewaffnete Akteure entgegentreten kann. Lugansker KünstlerInnen gestalten eine öffentliche Kampagne zur Bewahrung des historischen Stadtkerns und Einrichtung einer waffenfreien Zone in der Lugansker Altstadt. Eine andere Luganskerin will örtliche KünstlerInnen verschiedenster politischer Richtungen in einem Sammelband zusammenbringen. Ein Projekt der Krim-TatarInnen zielt dagegen darauf ab, die Erfahrungen aus dem Training auf die Krim zu bringen und gemeinsam auf die aktuelle Repressionswelle zu reagieren.

Nach Abschluss der lokalen Projekte ist im Dezember ein Auswertungstreffen geplant, auf dem auch die Ergebnisse einer kleinen Studie zur Gewaltfreiheit in der Ukraine präsentiert werden sollen. Die gemachten Erfahrungen wollen wir dann auch in die ukrainische und deutsche Öffentlichkeit bringen, damit die Möglichkeiten gewaltfreier BürgerInnengruppen wieder mehr zur Geltung kommen, gerade auch in Kriegszeiten.

Björn Kunter ist Trainer und Projektkoordinator der Kurve Wustrow, Sarah Roßa ist BSV-Co-Geschäftsführerin.

Foto: Sarah Roßa

Von Assad zum IS

„Nur SyrierInnen können Syrien befreien“

Julia Taleb

Der Glaube an die Macht des zivilen Widerstands in Syrien ist immer noch am Leben. Die Journalistin Julia Taleb sprach mit AktivistInnen, die dazu aufrufen, sich mit gewaltfreien Mitteln gegen den IS zur Wehr zu setzen.

Suad Nofel ging im Juli 2013, als die AktivistInnen in der syrischen Stadt Raqqa Angst hatten, vor dem Hauptquartier des Islamischen Staats im Irak und in Syrien (ISIS oder kurz IS) zu demonstrieren, alleine auf die Straße. Drei Monate lang ging sie jeden Tag zu dem Hauptquartier vom IS mit immer neuen Botschaften wie „Erzählt mir nichts über Eure Religion, sondern zeigt es in Eurem Verhalten!“ oder „Nein zu Unterdrückung, nein zu ungerechten Gesetzen, nein zu Sühne und ja zum Denken!“

„Ich konnte nicht zuschauen, wie unschuldige Leute vom IS verhaftet, ausgeplündert, gekidnappt und hingerichtet wurden“, sagt Nofel. „Wir haben 43 Jahre lang zu der Unterdrückung des Regimes geschwiegen und ich will keinen neuen Tyrannen hinnehmen.“

Als sich die Streitkräfte des Regimes am 05. März 2013 aus Raqqa zurückzogen, übernahm anfänglich die Freie Syrische Armee (FSA) die Kontrolle. Als die Macht des IS wuchs, tötete er Mitglieder der FSA und übernahm schrittweise durch Fatwas, religiös begründete Rechtsvorschriften, die Kontrolle über die gesamte Stadt. Der IS wurde für seine brutalen Praktiken der öffentlichen Auspeitschungen, Hinrichtungen von ZivilistInnen und die Durchsetzung der strengen Regeln des islamischen Sharia Gesetzes, selbst für ChristInnen, bekannt. Trotzdem begannen AktivistInnen erneut zu demonstrieren, aber diesmal gegen islamische Bataillone einschließlich IS. Im Juli 2013 nahm der IS einen Mann gefangen, der ausgepeitscht wurde, weil er versucht hatte, die Miliz davon abzuhalten, das Heim eines Schiiten anzugreifen. Nofel: „Als wir davon hörten, haben mehr als 200 Menschen stundenlang vor dem Büro des IS demonstriert, bis sie ihn freigelassen haben.“

In anderen Städten – hauptsächlich in den Provinzen Aleppo und Idlib – gab es ebenfalls große Proteste gegen den IS.

Die Kampagne „Raqqa wird lautlos abgeschlachtet“ wurde im April 2014 gegründet, um die Praktiken des IS mit der Unterstützung von vor Ort ansässigen Menschen aufzudecken, die Informationen trotz strenger Überwachung durchsickern ließen. Die Gruppe richtete eine Facebook-Seite und einen Twitter-Account als alternatives mediales Mittel ein, die tausende Follower erreichten, um die Verbrechen des IS gegen ZivilistInnen zu enthüllen.

Im Mai 2014 schlossen Geschäftsleute in Minbij ihre Geschäfte und Büros, um in einen Generalstreik zu treten. Der IS sandte seine Truppen, um die Geschäfte wieder zu öffnen, aber die Menschen begannen zu demonstrieren und forderten den IS auf, zu gehen.

Unabhängige Zeitungen, die nach dem syrischen Aufstand wie Pilze aus dem Boden schossen, um über die Revolution und die Verbrechen des Regimes aufzuklären, deckten nun die Gräueltaten des IS auf.

Die Local Coordinating Committees, ein Netzwerk lokaler Gruppen in Syrien, das 2012 gegründet wurde, um Proteste zu organisieren, Hilfsgüter zu unterstützen und über die Gewalttaten des Regimes zu berichten, dokumentieren auch die Brutalität des IS über Online- und Soziale Medien.

Als Nofel 2013 protestierte, war der IS noch nicht so mächtig wie heute, und seine Führung war empfänglich für die öf-

fentliche Reaktion. „Aber leider haben sich meinen Anstrengungen zum Widerstand nicht genügend Menschen angeschlossen, und das ist der Grund, warum sie stärker wurden“, sagte Nofel.

Die Abwesenheit des Regimes aus befreiten Regionen und die Unfähigkeit der Opposition, diese zu verwalten, gab dem IS die Gelegenheit, die volle Kontrolle zu übernehmen.

„Menschen in Städten, die unter die Kontrolle des IS zu fallen drohen, könnten gestärkt und ihre Aktivitäten gefördert werden“, sagte Zoia. „Wir können abtrünnige RichterInnen und AnwältInnen dabei unterstützen, Zivilgerichte aufzubauen, um islamischen Autoritäten etwas entgegenzuhalten. Wir können auch Schulen wiederaufbauen und Kommunalräte dabei unterstützen, der Bevölkerung bessere Dienste bereitzustellen.“ „Ziviler Widerstand sollte in den vom IS bedrohten Gebieten fortgesetzt werden“, sagte Nofel. „Nur SyrierInnen können Syrien befreien.“

Julia Taleb ist eine unabhängige Journalistin.
Quelle: <http://wagingnonviolence.org/feature/assad-isis-tale-resistance/> (22. August 2014).
Übersetzung: Eva Liefhold. Der Text wurde von uns gekürzt.



Suad Nofel mit einem Plakat „Raqqa wird lautlos abgeschlachtet“.

Foto: Suad Nofel

Islamischer Staat, Irak und Syrien

Nachdenken über zivile Lösungen

Christine Schweitzer

Waffenexporte gehen an die kurdischen Peschmerga im Irak, trotz des Versprechens der neuen Regierung, Waffenexporte in Nicht-NATO-Staaten restriktiver zu handhaben. Und die USA schmiedeten nach dem NATO-Gipfel in Wales eine neue ‚Koalition der Willigen‘, um die IS-Kämpfer aus der Luft zu bekämpfen.

Gerechtfertigt werden beide Maßnahmen einmal wieder mit ‚humanitären‘ Gründen. Dass Hilfsorganisationen, die vor Ort tätig sind, vor den Waffenlieferungen warnen und darauf hinweisen, dass humanitäre Hilfe, nicht ‚humanitäre Waffen‘ das sind, was gebraucht wird, scheint die NATO wenig zu interessieren. Mehr Waffen in eine derartige Situation zu pumpen, wo keinerlei Sicherheit besteht, dass sie nicht in die Hände der Gegenseite fallen oder gegen andere Gegner als diejenigen, die den westlichen Regierungen jetzt vorschweben, gerichtet werden, ist mehr als ein Spiel mit dem Feuer. Und die Luftangriffe der USA (vermutlich auch unter Einsatz von Drohnen) dürften auch nur dazu beitragen, dass der Hass weiter geschürt wird und viele Unbeteiligte das Leben kostet.

Der BSV hat schon im August ein längeres Papier veröffentlicht, in dem über mögliche zivile Alternativen der Bekämpfung des IS nachgedacht wird. Wir dokumentieren hier einen Auszug:

- Der IS soll sehr große finanzielle Mittel haben. Trägt er das Geld in Säcken mit sich herum? Vielleicht, vorübergehend. Oder hat er es, auch die in Mossul eroberten Mittel, inzwischen wieder auf Banken deponiert? Falls ja: Wem gehören diese Banken? Gibt es Möglichkeiten, dem IS die finanziellen Ressourcen zu nehmen und ihn damit auf dem internationalen Waffenmarkt zum schlechten Kunden zu machen? Zu dieser Überlegung ist auch der UN-Sicherheitsrat gelangt, der in seiner Resolution Nr. 2170 vom 15. August 2014 Maßnahmen gegen jene androhte, die den IS, der als Zweig von Al Kaida bezeichnet wird, finanzieren.

- Eine der IS-Einnahmequellen soll seit Neuerem der Verkauf von Rohöl sein. Wer sind die Käufer? Und tragen diese ebenfalls ihr Geld in Säcken mit sich herum? Und beamen sie die Fässer an ihren Bestimmungsort, anstatt sie mit LKWs oder Schiffen zu transportieren – oder nutzen sie sogar eine Pipeline?

- Der IS erfährt allen Berichten zufolge Unterstützung aus verschiedenen arabischen Ländern, vor allem den Golfstaaten. Auch wenn es nicht die Regierungen sind, sondern Personen oder Familien aus diesen Ländern, die extremistische Gruppierungen fördern, so sollte es hier doch Eingriffsmöglichkeiten geben.

- Was ist mit der Arabischen Liga und der Organisation Islamischer Staaten? Diese beiden internationalen Organisationen hätten die Möglichkeit, verschiedene Aspekte der umfangreichen Konflikte in der Region, von denen der IS ja nur der gewalttätigste Ausdruck ist, konstruktiv zu bearbeiten, angefangen von der Frage einer zukünftigen Regierung des Irak über eine Wiedereinbindung des Iran bis hin zu neuen Initiativen der Vermittlung in Syrien.

- Der IS rekrutiert aggressiv neue Kämpfer – muss er wohl auch, denn er dürfte in den Kämpfen ja erhebliche Verluste erleiden, auch wenn keine Zahlen bekannt sind. Gibt es hier Ansatzpunkte? Was macht Jugendliche und junge Männer geneigt, sich einer dschihadistischen Organisation anzuschließen? Abenteuerlust, Allmachtsphantasien, finanzielle Not, Angst vor Repression gegenüber den Angehörigen? Die Tatsache, dass der IS anscheinend viele Kinder zwangsrekrutiert oder dies zumindest in Syrien getan hat, deutet darauf hin, dass er es – wie die Lord Resistance Army in Ostafrika und andere Milizen, die in Vergangenheit und Gegenwart auf Kindersoldaten setzen – nötig hat, massives Brainwashing durchzuführen, um seine Kämpfer(Innen) bei der Stange zu halten.

- Der Führer des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, hat sich zum Kalifen ausgerufen, was in der islamischen Theologie den Anspruch bedeutet, ein Nachfolger Mohammeds zu sein. Diesen Anspruch bestreiten ihm praktisch alle Muslime, die nicht Mitglieder des IS sind. Viele aus dem Umfeld des IS dürften zögern – hier wäre eine weitere Chance, dem IS mittelfristig die Unterstützung zu entziehen, indem gerade Gläubige angesprochen und ermutigt werden, öffentlich zu erklären, dass das, was der IS treibt, mit dem Islam, so wie ihn die meisten Muslime verstehen, nichts zu tun hat. (Das geschieht auch schon vielfach.)

- Es wird auch in dem IS Kämpfer geben, die sich wieder von ihm abwenden und ihn verlassen. Schon jetzt wird von ersten internen Querelen berichtet. Gibt es Wege, solche Desertionen zu unterstützen – sei es finanziell oder durch Zusage von Straffreiheit?

- Im Irak – wie auch in Syrien – gibt es Gemeinschaften und Organisationen, ja in Syrien mit Rojava eine ganze (kurdische) Region, die sich für eine andere, zivile, auf Ausgleich zwischen den Gemeinschaften und Interessen bezogene Gesellschaft einsetzen. Sie werden im Einzelnen in der Langfassung dieses Artikels benannt. Es sind solche Informationen und solche Gemeinschaften, die als Leuchttürme der Hoffnung zeigen, dass es auch in den Kriegsregionen Wege gibt, sich zivil zu verhalten. Wenn gleich der Krieg wohl kaum von heute auf morgen gestoppt werden kann: Solche Initiativen humanitär und politisch zu unterstützen, ist etwas, das wir als PazifistInnen heute tun können.

Der vollständige Artikel, verfasst von Georg Adelman, Stephan Brües, Ute Finckh-Krämer und Christine Schweitzer, kann im Büro bestellt oder von der Website des BSV (www.soziale-verteidigung.de) heruntergeladen werden.

Christine Schweitzer ist BSV-Co-Geschäftsführerin.

Gemeinsam für den Frieden

Bewegung ruft zu „Friedenswinter“ auf

Christine Schweitzer

Die Kooperation für den Frieden hatte geladen, und über einhundert Menschen kamen - zu einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die am 10. Oktober 2014 in Hannover stattfand. Es ging darum, zu beraten, ob nicht angesichts der vielfältigen Krisen und Kriege der letzten Monate - von der Ukraine über Gaza bis zu Irak und Syrien - es an der Zeit sei, mit Aktionen in die Öffentlichkeit zu gehen. Anschließend an die Konferenz wurde ein Aktionsaufruf verfasst, der unter dem Titel „Gemeinsam für den Frieden - Friedenslogik statt Kriegsrhetorik“ zu verschiedenen Aktionen aufruft. Nach der Friedensdekade der Kirchen soll ein erster Höhepunkt eine Aktionswoche vom 8.12. bis 13.12.2014 sein, mit regionalen Kundgebungen u.a. in München, Hamburg, Leipzig, Heidelberg und dem Rhein-Ruhr-Gebiet. Einen zweiten Anlass für größere Aktivitäten wird die Münchner Sicherheitskonferenz vom 6.-8. Februar 2015 geben. Und nach den Ostermärschen wird dann auch der 8. Mai 2015, der 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, einen wichtigen Termin im kommenden Jahr darstellen.

Der BSV unterstützt die Forderungen des Aufrufs:

- Kooperation statt Konfrontation. Wir treten ein für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auch Russland einschließen muss.
- Für eine Zukunft ohne NATO. Ja zur OSZE und einer reformierten, demokratisierten UNO.
- Abrüstung für nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd, Stopp von Rüstungs-

produktion, Waffenhandel und Rüstungsexporten, Entwicklung von Konversionsprogrammen und aktive Waffenvernichtungen.

- Keine militärische Interventionen, stattdessen humanitäre Hilfe und offene Grenzen für Flüchtlinge.
- Eine Welt ohne Atomwaffen, das bedeutet für Deutschland: sofortiger Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.
- Eine Welt frei von Militärbasen und internationalen Kriegs-Einsatzzentralen, das bedeutet für Deutschland: Schließung der US-Kommandozentralen Ramstein, Africom und Eucom sowie des Luft- und Raumfahrtführungszentrums in Kalkar.
- Keine Drohnen und keine Automatisierung des Krieges.
- Friedliche Konfliktlösungen durch Dialoge und Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien. Beendigung aller Kriegshandlungen, u. a. durch sofortige Waffenstillstände!

Uns ist dabei wichtig, die Rolle von konstruktiven Alternativen zu Krieg und Gewalt zu betonen und diesen Ansatz auch in die Aktivitäten der Friedensbewegung einzubringen. Wir verurteilen Gewalt und Aggression, von welcher Seite sie auch immer ausgeht. Einseitige Schuldzuschreibungen helfen nicht weiter. Beide Großmächte, USA und Russland, haben in Vergangenheit und Gegenwart ihre Interessen mit aggressiven und militärischen Mitteln verfolgt - die USA und ihre Verbündeten im weltweiten sog. „Krieg gegen



Foto: Christine Schweitzer

den Terror“, in Irak, Afghanistan, Libyen und weiteren Ländern, die sich kaum alle aufzählen lassen., und Russland in Tschetschenien, Georgien und zuletzt im Konflikt mit der Kiewer Regierung.

Wir möchten zusammenarbeiten mit all jenen, die sich für gerechten Frieden einsetzen. In den letzten Monaten war zu beobachten, dass manche Forderung aus der Friedensbewegung von Rechten aufgegriffen wurde, was zu viel Zündstoff in der Debatte, auch innerhalb der Kooperation für den Frieden, geführt hat. Besonders die Montagsmahnwachen wurden immer wieder von Rechten und AnhängerInnen von teilweise kruden Verschwörungstheorien für eigene Auftritte instrumentalisiert. Wir erteilen jeder Zusammenarbeit mit rechtsgerichteten Persönlichkeiten und Gruppen eine klare Absage. „Querfronten“ wird es mit uns nicht geben - es ist nicht egal, ob jemand rechts oder links steht, solange er/sie nur bestimmte Forderungen mit uns teilt.

In diesem Sinne stehen wir zum Motto: Gemeinsam für den Frieden!

Für die Durchführung des Friedenswinters wurde ein Aktionsbüro bei der IALANA und den NaturwissenschaftlerInnen für den Frieden in Berlin eingerichtet. Mehr Informationen unter: <http://www.koop-frieden.de/aktuelles.html>. Hier kann auch der vollständige Aufruf heruntergeladen werden.

Christine Schweitzer ist BSV-Co-Geschäftsführerin.

Empathie, Gewalt und Gewaltfreiheit – (k)eine Dreiecksbeziehung

Georg Adelman

Mit Empathie bezeichnen Menschen seit etwas mehr als einhundert Jahren eine Reihe von angeborenen und erlernten Möglichkeiten, sich das Gefühlsleben anderer zu eigen zu machen. Theoretisch bzw. logisch kann dies zu Gewaltfreiheit führen, denn teile ich die Empfindungen und Gefühle eines anderen, so werde ich wohl kaum Schmerz zufügen wollen. Im echten Leben funktioniert dies leider

ähnlich schlecht wie die Annahme, dass Demokratien keine Kriege mehr führen würden, da keine Gesellschaft krank genug sein könne, so massiv Gewalt gegen eine andere Gesellschaft anzuwenden.

Warum das reine Miteinander nicht ausreicht, um Gewalt zu verhindern, lässt sich durch eine genauere Betrachtung von Gewalt, Gewaltfreiheit und Empathie

bzw. deren Verhältnis zueinander besser verstehen. Wie weit insbesondere die Psychologie in diesem Verständnis gekommen ist, konnte ich im Rahmen meiner Diplomarbeit darstellen und dabei herausarbeiten, wie und warum Gewaltfreiheit funktionieren kann.

Psychologie als Wissenschaft widmet sich dem Erleben und Verhalten insbe-

„Was macht gewaltfreie Bewegungen erfolgreich?“

Studientag des IFGK am 18.10.2014 in Köln

Ariane Dettloff

Trotz Bahnstreiks hatten sich 15 Menschen zu dem Studientag des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingefunden, um sich über das Thema zu informieren und zu diskutieren. Allgemein wurde hervorgehoben, dass vieles für die Teilnehmenden aus verschiedenen Ecken der Friedens- und Antimilitarismusbewegung neu war und als äußerst anregend erlebt wurde.

Martin Arnold referierte in Vertretung für Christine Schweitzer über deren Publikation „Kriege verhindern oder stoppen: Der Beitrag der Friedensbewegungen“ (http://www.soziale-verteidigung.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/AP_26-Schweitzer___Johansen_02.pdf). Dass es den norwegischen SeparatistInnen 1905 gelang, das Land gewaltlos von Schweden loszulösen, obwohl von beiden Seiten heftig aufgerüstet worden war, ist hierzulande kaum bekannt. Besonders wesentlich war

damals der Beitrag der Frauenbewegung und der sozialdemokratischen Partei und darin besonders der Jugendorganisation.

Anschließend beleuchtete Arnold „verschiedene Forschungszugänge zur Frage, wie Krieg zu verhindern ist“, und wies insbesondere auf die Bedeutung der Kommunikation in den und außerhalb der Medien hin. Für die Beendigung des Vietnam-Kriegs etwa waren die Bilder in den Medien mit ausschlaggebend.

Jana Bosse berichtete aus ihrem Promotionsvorhaben an der FU Berlin über „Strategien bei sozialen Bewegungen“ am Beispiel von Basisgruppen der deutschen Umweltbewegung. Ein Befund unter anderen: Erfolg hat mit öffentlicher Deutung zu tun. Wichtig ist es stets, die Grundprämissen des eigenen Handelns zu reflektieren. Dabei sind durchaus verschiedene Ansätze möglich.

Elise Kopper befasst sich in ihrer Promotion an der Uni Münster mit dem „Agenda-Setting unter erschwerten Bedingungen – Zivile Krisenprävention und die bundespolitische Tagesordnung“. Wie kam die Zivile Krisenprävention in den 1990er Jahren auf die Tagesordnung und 1998 in den Koalitionsvertrag? Welche Schlüsse kann die heutige friedenspolitische Lobbyarbeit daraus ziehen? Stichpunkte dazu waren u.a.: Windows of Opportunity erkennen, Schlüsselpersonen ansprechen.

Auf die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse von Kopper und Bosse warten die Teilnehmenden des Studientags mit Spannung und erhoffen breiteres Interesse, um die Interventionen der aktiv gewaltfreien Friedensbewegung zu effektivieren.

Ariane Dettloff ist freie Journalistin.

Fortsetzung von Seite 7

sondere von Menschen. Menschen und ihre soziale und physikalische Umwelt reagieren aufeinander. In der Regel können wir unsere Bedürfnisse besser befriedigen, wenn wir relevante Informationen zur Verfügung haben. Da viele unserer Grundbedürfnisse nur im sozialen Kontext versorgt werden können, sind Informationen über den inneren Zustand anderer oft von entscheidender Bedeutung für unser Wohlbefinden. Wohl auch aus diesem Grund besitzen wir fest verankerte automatisch ablaufende Prozesse, sich in andere hineinzusetzen. Ansteckendes Lachen und Gähnen z.B. liefern Informationen über andere und stellen gleichzeitig Gemeinschaft her.

Diese automatischen Prozesse werden ergänzt und modifiziert durch nicht-angeborene Verstärkungs- oder auch Abschwächungsmethoden. Erzählungen und Berichte spielen hier eine überragende Rolle – je nachdem z.B. ob wir den Konflikt zwischen der Gewerkschaft der Lokführer und der Bahn a) entweder als Hahnenkampf eines großwahn sinnigen Gewerkschaftsführers oder b) als berechtigten Arbeitskampf für die Vertretungsmacht gegen die handzahme Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft betrachten, wird sich wahrscheinlich das

Einfühlungsvermögen für VertreterInnen der einen oder anderen Seite verstärken bzw. abschwächen. Derartige Bewertungen beeinflussen in der Folge die Konfliktanalyse und die Umgangsmöglichkeiten.

Gewalttätiges Verhalten kann durch diese zunehmende Perspektivenübernahme bzw. Divergenz gestärkt oder geschwächt werden. Dass Empathie gewaltverhindernd wirkt, wird allein schon dadurch deutlich, dass viele Trainingsmethoden des Militärs direkt und indirekt empathieverhindernd wirken. Situative Faktoren wie Verfügbarkeit von Waffen und die Nichtbestrafung von Grausamkeit werden kombiniert mit personalen Faktoren wie gezielter Dehumanisierung. Medial wird letztere regelmäßig auch zur Kriegsvorbereitung der Bevölkerung verwendet, aktuell im Diskurs um den Konflikt zwischen Russland und Ukraine/NATO an den einseitigen Darstellungsverzerrungen auf allen Seiten beobachtbar.

Gewaltfreiheit und Empathie wiederum stärken sich in der Regel gegenseitig. Gewaltfreiheit ist auf die Schaffung und Bewusstmachung von Handlungsalternativen ausgerichtet – Empathie liefert im sozialen Bereich Informationen und bereichert hierdurch das Interaktions-

spektrum. Gewaltfreiheit wiederum fördert Empathie durch die Ausrichtung auf ein nachhaltig bedürfnisorientiertes Miteinander und benötigt diese deswegen auch, um wirklich wirksam zu werden.

Gewaltfreiheit als Werkzeug des zwischenmenschlichen Umgangs ist genauso eine Handlungsoption wie Gewalt – als Menschen können wir uns entscheiden, wie wir Situationen verändern und uns selbst entwickeln. So viel kann ich nun sagen: Gewaltfreiheit ist gesünder, weil sie der sozial-empathischen Natur von uns Menschen wesentlich besser entspricht. Gewaltsituationen machen krank und reduzieren Empathievermögen – auch deswegen ist die Transformation von Gewalt zu Gewaltfreiheit so schwierig und langwierig. Diese Umwandlung, für die wir als Bund für Soziale Verteidigung ja zusammen mit vielen anderen arbeiten, ist aber nicht nur möglich, sondern für ein gesundes Miteinander im Kleinen wie im Großen notwendig. Wie Paul K. Chappell, ein ehemaliger Offizier der US-Armee es in einigen Vorträgen so treffend gesagt hat: Wen Krieg nicht wahn sinnig macht, der war es vorher schon.

Georg Adelman ist Diplom-Psychologe und Vorstandsmitglied im BSV.

Startschuss mit Denkanstößen zur Kampagne Ziviles Peacekeeping

BSV-Fachtagung am 1. 11. 2014 in Berlin

Stephan Brües

„Menschen schützen ohne Waffen: Ziviles Peacekeeping“ war der Titel der BSV-Fachtagung 2014. 37 Personen aus Friedensbewegung, Kirchen, Medien und Politik fanden sich in Berlin-Mitte ein, um über die Inhalte der Kampagne „Ziviles Peacekeeping“, die der BSV initiierte, zu diskutieren. Dabei wurde vornehmlich über die Möglichkeiten und Grenzen Zivilen Peacekeepings im internationalen Kontext gesprochen, aber auch über ähnliche Ansätze in der inländischen Arbeit zur Gewaltprävention in Schulen und Stadtteilen. Über letzteres referierte Dieter Lünse vom Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (ikm) in Hamburg, der seit 1998 v.a. in Süd-Hamburg mit SchülerInnen Trainings zur Mediation, Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt macht. Wichtig ist ihm dabei, die Erfahrungen der SchülerInnen selbst als Ausgangspunkt zu nehmen und diese mit ihrer direkten Umgebung im Kiez in Verbindung zu bringen. Insgesamt wurden 20.000 SchülerInnen in Mediation ausgebildet, die sie allerdings nicht alle aktiv anwenden. Trainings in Zivilcourage und Resilienz gegen Gewalt bietet Lünse angesichts mangelnder Medienberichterstattung auch schon mal in einer Shopping Mall an. Bei den jüngsten Konflikten zwischen Kurden/Jesiden und Salafisten hat ein vom ikm initiiertes Runder Tisch es geschafft, zwischen den Gruppen zu vermitteln und eine Eskalation zu vermeiden. Dieses Beispiel der Vermittlung

erinnert in manchem an das Zivile Peacekeeping der Nonviolent Peaceforce (NP). Die Parallelen liegen dabei vor allem in der Befähigung der Einzelnen wie in der Einwirkung in das Umfeld sowie der Einbeziehung von lokalen Autoritäten oder Peer Group-Angehörigen als MultiplikatorInnen für Prävention und Konfliktdeskalation.

Ziel des Zivilen Peacekeepings, das Christine Schweitzer zunächst konzeptionell sowie Outi Arajärvi und Stephan Brües dann anhand der praktischen Arbeit der Nonviolent Peaceforce vorstellten, ist der Schutz der Zivilbevölkerung und die Verhinderung von Gewalt. Dabei sollen Menschen selbst befähigt werden, gewaltfreie Werkzeuge zum Schutz von Leib und Leben wie auch der Menschenrechte einzusetzen. Die Allparteilichkeit, das heißt der Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen mit allen Konfliktparteien, ist eine wichtige Komponente, die zum Aufbau eines Schutzmechanismus für Gemeinden unerlässlich ist. Ist jedoch – angesichts der Finanzierung der NP-Projekte durch westliche Regierungen – nicht jede Einmischung von außen automatisch eine Parteiergreifung, da ohne dieses Eingreifen eine der Konfliktparteien „bessere Chance“ gehabt hätte, fragte Bernd Luderemann, Chefredakteur der Zeitschrift „welt-sichten“ in seiner Reflexion über die Praxis des Zivilen Peacekeepings. Worauf beruht die Schutzwirkung eines unbewaffneten Eingreifens? Ist das Konzept eigentlich als Alternative oder Ergänzung militärischen Eingreifens zu verstehen? Fragen, die sich durch den weiteren Tag zogen.

ziviles Peacekeeping in den Situationen, in denen es angebracht ist, vorrangig einzusetzen, und dafür entsprechende finanzielle Ressourcen einzusetzen. Auf die Entgrenzungen und Brutalitäten aktueller Kriege und gewalttätiger Konflikte verweisend (IS im Nahen Osten, Drogenkartelle in Mexiko) sieht Nachtwei jedoch auch Grenzen des Konzepts.

Wie aber kann die Idee des Zivilen Peacekeepings in Politik und Gesellschaft verbreitet werden?

Ute Finckh-Krämer (in ihrer Funktion als MdB der SPD) zeigte auf, wie ihre KollegInnen 'ticken' und verwies insbesondere darauf, dass das Konzept in zehn Minuten erklärbar sein müsse, dass positive Erfahrungen dazu vorliegen sollten (Realismus-Test) und dass gezeigt werden müsse, dass damit persönliche oder in der Wählerschaft vorhandene politische Probleme 'gelöst' werden könnten. Insofern ist das Aufzeigen einer positiven Wirkung in der praktischen Arbeit wichtig für die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Theodor Ziegler von der Evangelischen Kirche Baden sieht seine Kirche auf dem Weg heraus aus der Kriegslogik. Dabei sind alternative Ansätze wie das Zivile Peacekeeping als Argumentationshilfe wie als praktisches Tool zu einer auf der Friedenslogik beruhenden Sicherheitspolitik notwendig. Diese Offenheit gilt es zu nutzen.

In den Plenumsdiskussionen wie der kurzen Arbeitsgruppenphase wurde dabei auf die aktuelle Flüchtlingslage eingegangen: Flüchtlinge könnten einerseits eine Ressource für die Thematisierung der Fluchtursachen sein, andererseits sollten sie in die lokalen Friedensbündnisse eingebunden werden oder könnten aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen auch zu Friedensfachkräften ausgebildet werden.

Es sind noch weitere Aspekte in dieser inhaltlich dichten Fachtagung angesprochen worden. Sie werden in der geplanten Dokumentation der Fachtagung nachzulesen sein.

Stephan Brües ist BSV-Co-Vorsitzender.



Foto: Eva Liefhold

Schlussplenum der Fachtagung in Berlin.

Nach dem Mittagessen plädierte Winni Nachtwei (Ex-MdB der Grünen) dafür,

23.000 fordern „Lernen für den Frieden“

Protestaktionen am 9.10.2014 in Essen

Kai-Uwe Dosch

9.10.2014, 11.00 Uhr, Essen, Zeche Zollverein. Ein ruhiger Vormittag unter der Woche in einem ruhigen Stadtviertel. Selbst ein Weltkulturerbe und Wahrzeichen des Ruhrgebiets zieht hier gerade wenige BesucherInnen an. Nur wenige PolizistInnen am Tor zeigen an, dass einige wichtigere Gäste schon dort sind: Die NRW-Schulministerin und Vize-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (Grüne) ist gerade Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) und hat ihre KollegInnen in ihr „Revier“ geladen. Und dann kommen langsam einige weitere Menschen ans Tor, bauen einen Tisch mit Kisten von Blättern auf, entrollen Transparente und hängen sich „Sandwiches“ um: Aktive der Kampagne „Lernen für den Frieden“ sind ebenfalls verabredet mit der KMK-Leitung, um ihr 23.007 Unterschriften zu übergeben.

Sylvia Löhrmann ließ sich zwar für die Übergabe der Unterschriften entschuldigen und enttäuschte damit die Aktiven, weil sie sich ihren Fragen und Forderungen entzog. Doch sie ließ sich vertreten von ihrem Staatssekretär im NRW-Schulministerium, Ludwig Hecke, und dem Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, Udo Michalik, sowie seiner Stellvertreterin Heidi Weidenbach-Mattar. Diese hörten sich das Anliegen der VertreterInnen der Kampagne an, nahmen dazu Stellung, führten sogar ein kurzes Gespräch mit ihnen und nahmen die Kisten mit den Unterschriften entgegen.

Diese Kampagne „Lernen für den Frieden“ setzt sich gegen die Militarisierung von Schulen und Hochschulen und für zivile Bildung und Wissenschaft ein. Mit den Unterschriften werden Schulen aufgefordert, keine Kooperationen mit der Bundeswehr einzugehen, und Hochschulen, Zivilklauseln einzuführen, d.h. sich selbst zu verpflichten, nur für zivile Zwecke zu forschen. Die Landesregierungen werden aufgefordert, die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen sowie die zivile Orientierung von Hochschulen in den Landeshochschulgesetzen festzuschreiben.

Dank der Initiative von Studierenden und Gewerkschaften sind Zivilklauseln mittlerweile in den Grundordnungen von mindestens 15 Hochschulen festge-

schrieben worden (z.B. an den Bremer Hochschulen, der Uni Tübingen, der Uni Rostock, der Uni Darmstadt und der Uni Frankfurt a. M.). Außerdem entstanden in einer Reihe von Bundesländern Diskussionen über eine Reform der Hochschulgesetze mit ziviler Orientierung. Die Kooperationsverträge bezüglich Bundeswehr an Schulen sind in den meisten Bundesländern stark in die Kritik geraten. Die beachtliche Anzahl der Unterschriften verdeutlicht den Wunsch der Bevölkerung nach einer Gesellschaft und einem Bildungssystem, die von Aufklärung, Solidarität und Argumentation statt von kriegerischer Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen geprägt sind.

Getragen wird die Kampagne von studentischen, gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Organisationen. Die Liste der UnterstützerInnen liest sich wie ein Who is Who sozialer Bewegungen: Genannt seien nur die Initiative Hochschulen für den Frieden, die Studierenden- und Jugendverbände der Linken, der Grünen und der SPD, die Gewerkschaften GEW und ver.di, die Hochschulverbände BdWi und fzs sowie die Friedensverbände DFG-VK, BSV, IPPNW und Pax Christi. Hervorzuheben ist, dass sowohl die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe in einer Presseinformation als auch der DGB-Bundesvorstand in einem offenen Brief kurz vor der Übergabe die Kampagne deutlich unterstützt haben. Anlässlich der Unterschriftenübergabe fand auch eine Kundgebung um 17.00 Uhr in der Essener Innenstadt auf dem Porscheplatz unter dem Motto „Lernen für den Frieden! Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“ statt. Viele PassantInnen ließen sich neugierig auf Gespräche über die Kampagne ein, nahmen Flyer mit und unterschrieben für zivile Bildung und Wissenschaft. Dort sprachen Edgar Weiß, Pädagogikprofessor an der Universität Duisburg-Essen, Peter Förster, Initiative Hochschulen für den Frieden, Joachim Schramm, DFG-VK NRW und Walter Hilbig, VVN-BdA.

Auf der Pressekonferenz vor der Veranstaltung erklärte Joachim Schramm: „Wir fordern die Kündigungen der Kooperationsabkommen zwischen den Schulministerien und der Bundeswehr, mit denen Jugendoffizieren die Türen zu den



Foto: Eva Liefhold

P. Förster, L. Hecke, R. Blach, U. Michalik, H. Weidenbach bei der Übergabe der Unterschriften.

Klassenzimmern geöffnet werden sollen. Politikunterricht und Friedenserziehung sind Aufgabe von LehrerInnen, nicht von Militärs.“ Dort betonte die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer ebenfalls: „Nachdem im neuen NRW-Hochschulgesetz im erstem Bundesland einer unserer friedenspolitischen Forderungen entsprochen wurde, indem verankert wurde, dass die Hochschulen friedlichen Zielen verpflichtet sind, fühlen wir uns bestärkt in unserer Forderung nach Aufhebung der Kooperationsvereinbarung für die Schulen. Wer politisch A sagt, muss auch B sagen. Das heißt auch, dass Schulen und Hochschulen ausreichend öffentlich finanziert werden müssen, damit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können und wirklich ein solidarisches Lernen für den Frieden realisiert werden kann.“

Um dem Bedarf nach Öffentlichkeit für dieses Anliegen gerecht zu werden, wurde schon vor der Übergabe der Unterschriften entschieden, die Kampagne „Lernen für den Frieden“ in einem zweiten Schritt bis zum 8. Mai 2015 zu verlängern! Eine wichtige Veranstaltung in diesem Rahmen stellte der bundesweite Zivilklauselkongress vom 24. bis 26. Oktober 2014 an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg dar. Dieser Kongress reflektierte, was die Zivilklauselbewegung gesellschaftlich erreicht hat und was dabei überzeugend war – mit dem Ziel, eine neue Qualität gemeinsamer Offensivität und Organisation zu entwickeln.

Bis zum 8. Mai 2015 (dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) will die Kampagne „Lernen für den Frieden“ weiter Unterschriften sammeln. Die Unterschriftenlisten können u.a. beim BSV bezogen werden. Wir bitten um schnellstmögliches Einsenden der ausgefüllten Unterschriftenlisten an: DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart. (Siehe auch <http://www.lernenfuerdenfrieden.de/>). Kai-Uwe Dosch ist BSV-Projektreferent.

Pax an! - der Friedensblog

BSV-PraktikantInnen suchen Mitschreibende

Gül Akbal und Tanja Hildebrandt

Kennt Ihr schon unseren Blog Pax an? Darin möchten wir soziales Engagement und Teilnahme an politischen Aktionen für Jugendliche und junge Erwachsene interessant machen, über das politische Weltgeschehen berichten und allerlei Sachverhalte rund um das Thema Frieden, Gewaltfreiheit, soziales Engagement, Nachhaltigkeit und politische Aktionen erklären: <http://packsan.wordpress.com/> Wir – das sind die PraktikantInnen des BSV und - wenn Du möchtest - auch Du!

Deiner Meinung nach ist die Berichterstattung in den Medien zu unverständlich, nicht vollständig oder setzt zu viel Vorwissen voraus? Oder dir ist der Blick der Medien zu einseitig?

Du bist unzufrieden damit, dass überall Begriffe auftauchen, die jeder kennt, aber nur selten jemand definieren kann? Du möchtest, dass die Menschen erfahren, was hinter dem Fairtrade-Label, der Abkürzung TTIP oder dem Begriff „Ziviles Peacekeeping“ steckt?

Du kennst Menschen, Organisationen oder Gruppen, deren Einsatz du bekannt machen möchtest, die uns allen als Beispiel dienen oder deren Kreativität

inspirierend für weitere Aktionen sein könnten?

Dann schreibe deinen eigenen Beitrag für unseren Blog! Die Idee ist, Beiträge von jungen BloggerInnen für die junge Generation zu veröffentlichen. Unsere Zielgruppe bewegt sich daher sowohl bei Schreibenden als auch bei Lesenden zwischen 15 und 35 Jahren.

Du bist schon älter als 35? Dann hilf uns, indem du unseren Blog bei der jüngeren Generation deines Umfeldes bekannter machst.

Du fühlst dich angesprochen? Dann geben wir dir hier noch ein paar Details mit auf den Weg, die dir bei der Gestaltung deines Blogbeitrags helfen werden.

Du kannst für deinen Beitrag eine der folgenden Kategorien auswählen:

- **News für dich!** - Hier geht es um das aktuelle Weltgeschehen. Es können z.B. Hintergründe erklärt werden, auf Geschehnisse aufmerksam gemacht werden, die in den Medien nicht präsent sind, oder ein Überblick über ein Thema gegeben werden, das aktuell so sehr auseinander genommen wird, dass es oft

Was ist ein Blog?

Ein **Blog** ist eine Internetseite, auf der eine oder mehrere Personen, die sogenannten BloggerInnen, Gedanken niederschreiben, Statements zu bestimmten Themen veröffentlichen oder Artikel verfassen. Es handelt sich also in gewisser Weise um ein öffentlich zugängliches Tagebuch, das die VerfasserInnen so gestalten können, wie sie möchten.

schwer ist, die Dinge zu überblicken.

- **Fuchs dich rein!** - Hier geht es darum, alle möglichen Themen rund um Frieden, Gewaltfreiheit, soziales Engagement, Nachhaltigkeit und politische Aktionen zu erklären.
- **Packs an!** - In diese Kategorie gehören Tipps für alle, die sich engagieren möchten, aber nicht wissen wie. Dabei kann es z.B. um nachhaltige Konsumentscheidungen gehen, um die Vorstellung verschiedener Ehrenämter, um politische Aktionen oder um Hochschulgruppen.
- **Siehste – geht doch!** - Hier können Menschen, Aktionen und Projekte vorgestellt werden, die bereits etwas erreicht haben und uns als Ansporn oder Inspiration dienen könnten.

Ziel des Blogs ist es, alle Beiträge möglichst objektiv und unparteiisch zu formulieren. Für den Fall, dass Du trotzdem deine Meinung sagen möchtest, gibt es die Kategorie **Meine Meinung**.

Du hast Lust bekommen, an unserem Blog mitzuarbeiten? Dann schicke uns deinen Beitrag mit Angabe der zugehörigen Kategorie an info@soziale-verteidigung.de. Wir stellen den Beitrag dann in den Blog und setzen deinen Namen darunter (ob nur Vor- oder auch Nachname kannst du selbst entscheiden). Wir freuen uns darauf, mit dir gemeinsam unseren Blog lebendiger zu gestalten!

Gül Akbal und Tanja Hildebrandt sind Praktikantinnen beim BSV

Neue PraktikantInnen



Foto: Tanja Hildebrandt

Gül Akbal (links), Studentin der Politikwissenschaft, Jahrgang 1991, lebt in Mannheim. Durch das Praktikum beim BSV erhofft sie sich sowohl interessante Einblicke in die Arbeit einer Friedensorganisation als auch eine Orientierungshilfe für das angestrebte Masterstudium. Sie interessiert sich unter anderem für Nahost- und Afrika-Studien und Internationale Beziehungen.

Tanja Hildebrandt (rechts), Jahrgang 1993, studiert Kulturwirtschaft in Passau. Sie interessiert sich für andere Kulturen und Gesellschaften sowie das wirtschaftliche und politische Weltgeschehen. Durch das Praktikum beim BSV möchte sie einen Einblick in die Arbeit einer Friedensorganisation bekommen und durch ihr Wissen und Engagement einen kleinen Beitrag auf dem Weg zu langfristigem Frieden leisten.

BSV-Tagung „Frieden schaffen ohne Waffen“ Zivile Konfliktbearbeitung auf dem Prüfstand

Freitag, 20. März 2015

- 18.00 Ankommen, Abendessen
- 19.30 Eröffnung der Tagung
- 20.00 Vortrag: 25 Jahre Zivile Konfliktbearbeitung, Natascha Zupan (FriEnt)
- 21.30 Ausklang

Samstag, 21. März 2015

- 09.00 Begrüßung
- 09.15 Vortrag: Strukturen und Akteure der ZKB in Deutschland, Dr. Wolfgang Heinrich (BfdW-EED)
- 10.30 Pause
- 11.00 Panel: Zivile Konfliktbearbeitung –und jetzt ist alles gut?, Thomas Gebauer (medico), Jürgen Wagner (imi), Auf dem heißen Stuhl: Natascha Zupan (FriEnt)
- 12.30 Mittagspause
- 14.00 Arbeitsgruppen: Die Bausteine zu

einer friedlicheren Welt. 1: Solidaritätsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit (Stephan Brües), 2: Ziviles Peacekeeping - Nachhaltigkeit und Befriedung (Outi Arajärvi), 3: Gender und Peacebuilding (Elise Kopper), 4: Friedensbildung (Kai-Uwe Dosch), 5: Strukturen der ZKB in Deutschland (Dr. Wolfgang Heinrich)

- 16.00 Pause
- 16.30 Fishbowl: Frieden schaffen ohne Waffen, aber wie?
- 18.30 Abendessen
- 20.00 Bunter Abend

Sonntag, 22. März 2015

- 09.00 Podium: Anforderungen an die Politik in Krisensituationen. Dr. Franziska Brantner (Grüne), Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD), Kathrin Vogler (LINKE), Michael Vietz (CDU)
- 10.45 Ende



Danach folgt die Mitgliederversammlung des BSV.

Tagungsort ist die Jugendherberge Heidelberg International, Tiergartenstr. 5, 69120 Heidelberg.

Vorstandswahlen

Auf der Mitgliederversammlung 2015 wird wie alle zwei Jahre ein neuer Vorstand gewählt: Zwei gleichberechtigte Vorsitzende und bis zu fünf weitere Mitglieder. Wer aus den Reihen des BSV sich vorstellen könnte, zu kandidieren, und Fragen hat, was ein Vorstandsamt mit dem BSV an Arbeit (und Spaß) mit sich bringt, setze sich doch nach Belieben mit dem gegenwärtigen Vorstand oder der Geschäftsstelle in Verbindung.

Anmeldung zur BSV-Tagung

(Bitte bis 1. 3. an das BSV-Büro schicken!)

Name:

Org.:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

- Besondere Essenswünsche: _____
- Ich/wir möchte/n zwei Übernachtungen inkl. Verpflegung und Tagungspauschale
 - im 4-Bett-Zimmer: 95 €
 - im 2-Bett-Zimmer: 105 €
 - im Einzelzimmer: 115 €
 - Falls die gewünschte Zimmerkategorie nicht zur Verfügung steht, bin ich auch mit einer Unterbringung im Mehrbettzimmer einverstanden. (Der BSV wird versuchen, alle Wünsche zu erfüllen. Aber alle Zimmertypen stehen nur in beschränkter Anzahl zur Verfügung.)

- Ich möchte keine Übernachtung und zahle/n eine Tagungspauschale von 15 € plus Verpflegung.
- Ich möchte eine Kinderbetreuung.
- Den Teilnahmebeitrag habe ich auf das Konto des BSV überwiesen. (Sparkasse Minden-Lübbecke, Stichwort: Tagung 2015, IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14, BIC: WELADED1MIN)
- Den Teilnahmebeitrag bezahle ich bar vor Ort.

- Ich/wir melde/n mich/uns verbindlich mit ____ Personen an.
- Ich/wir nehme/n an der Mitgliederversammlung des BSV am Sonntag teil.

Ich nehme zur Kenntnis, dass ich bei einer Absage nach dem 1. März den vollen Teilnahmebeitrag zahlen muss.

Datum, Unterschrift